



ZUKUNFT DUISBURG

DUISBURG

SPD

Der Duisburg-Plan 2014 - 2020

**DAS BESTE
FÜR UNSERE STADT.**



Ralf Jäger



Herbert Mettler

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Duisburg ist eine weltoffene, tolerante und kontrastreiche Stadt, die viele Stärken hat:

Menschen, die anpacken und leistungsbereit sind. Menschen, die das Herz am rechten Fleck haben und die sagen, was sie denken.

Starke Industriezweige wie Stahl, Chemie und neue Technologien, der größte Binnenhafen Deutschlands, eine Universität und viele neue Technik- und Dienstleistungsbranchen prägen diese Stadt wie keine andere.

Die geografische Lage ist zentral in Europa. Der Rhein, das Autobahn-Netz und die Nähe zum Flughafen garantieren eine ausgezeichnete Verkehrsanbindung. Duisburg hat eine Scharnierfunktion im regionalen Umland zwischen Niederrhein und Ruhrgebiet und verbindet.

Es gibt ein vielseitiges Freizeitangebot, das von vielen Duisburgern und Besuchern genutzt wird - die Oper, der Zoo, Naherholungsgebiete mit viel Wasser und viel Grün und unzählige Sportangebote machen Duisburg zu einer lebenswerten Stadt.

Allerdings befindet sich die Stadt auch fortwährend im Strukturwandel. Es gibt entsprechend viele Herausforderungen zu bewältigen. In den Jahren vor der Abwahl von Ex-Oberbürgermeister Sauerland stagnierten viele Projekte im Bereich der Stadtentwicklung. Die Loveparade-Katastrophe und die Ereignisse in der Folgezeit haben die Probleme noch verschärft. Diese Zeit gilt es jetzt aufzuholen und konstruktiv zu gestalten.

Wir Duisburgerinnen und Duisburger haben immer wieder gezeigt, dass wir uns nicht unterkriegen lassen und vor allem in schweren Zeiten wieder aufstehen. Das war so nach dem Krieg und in der großen Stahlkrise vor rund 30 Jahren - und das soll auch in Zukunft so sein.

Denn:

Duisburg kann mehr

Endlich gibt es mit Oberbürgermeister Sören Link wieder eine klare Führung in unserer Stadt, die die Chancen von Duisburg erkennt und langfristig nutzt.

Führung heißt, realistische Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen.

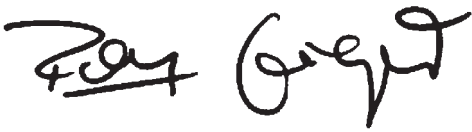
Führung heißt, die Menschen in unserer Stadt wieder für das Gemeinwohl zu gewinnen.

Führung heißt, die Menschen einer Stadt miteinander zu versöhnen und für ein respektvolles und soziales Zusammenleben zu werben.

Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein. Als echte Duisburgerinnen und Duisburger mit unserem Herzen und unserer Leidenschaft für unsere Stadt und ihre Menschen.

Unser Ziel: Duisburg für die Zukunft zu stärken. Dafür brauchen wir Zeit, das lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Wir müssen nachhaltig arbeiten und langfristige Impulse setzen. Für diese Herkulesaufgabe benötigen wir Ihr Vertrauen in den nächsten sechs Jahren und darüber hinaus – für einen starken Stadtrat und starke Bezirksvertretungen. Wir werden Ihnen dieses Vertrauen danken und alles dafür tun, dass die Ziele in diesem Programm umgesetzt werden.

Das können wir nur gemeinsam schaffen. Helfen Sie mit, mischen Sie sich ein und geben Sie uns dafür Ihre Stimme.



Ralf Jäger MdL
Vorsitzender SPD Duisburg



Herbert Mettler
SPD Fraktionsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Soziale Stadt – Gemeinsam geht’s	4
Duisburg – hilfsbereit und stark bei der Inklusion	8
Stadtentwicklung – Leben und Arbeiten in Duisburg	10
Soziale Stadt.....	13
Bessere Bildung – bessere Chancen	15
Jugend hat Zukunft	21
Kultur – ein Plädoyer für mehr Internationalität, Bildung und Vernetzung.....	23
Sport – Duisburg bewegt sich	26
Umwelt – grüne Industriestadt.....	28
Duisburg braucht engagierte Bürger	31
Sichere und saubere Stadt.....	32
Integration, Teilhabe und Zuwanderung	33
Europa in Duisburg.....	35
Gleichstellung – gleiches Recht für Alle.....	36
Starke Stadtverwaltung	38
Solide Finanzen	39

Soziale Stadt – Gemeinsam geht's

Gute Arbeit – für ein besseres Leben

Menschen, die eine sichere Arbeit haben, fühlen sich selbstbestimmt und sind zufriedener mit ihrem Leben. Sie sind Vorbild für nachfolgende Generationen und zeigen, dass es sich lohnt, erwerbstätig und somit Teil der Gesellschaft zu sein. Gute Arbeit sorgt für mehr Lebensqualität.

Doch die Sozialexperten sind sich einig: Duisburg fehlen viele und vor allem gute Arbeitsplätze. Fast über 80.000 Menschen in unserer Stadt sind abhängig von direkten und indirekten sozialen Leistungen. Auf rund 31.000 Arbeitslose kommen rund 3.500 gemeldete offene Stellen. Dabei wissen wir: Je mehr Menschen in unserer Stadt eine gut bezahlte Arbeit haben, desto weniger wird die Stadt Geld für direkte soziale Leistungen ausgeben müssen. Dieses Geld brauchen wir sicherlich dringender an anderen Stellen für die Entwicklung der Stadt.

Der Oberbürgermeister und der Stadtrat können direkt keine neuen Arbeitsplätze schaffen, doch sie können die Rahmenbedingungen verbessern: Gespräche zur Erarbeitung einer Zukunftsvision mit Stadtplanern, Arbeitsmarktexperten, mit Gewerkschaften, mit Arbeitgebern und mit der IHK legen den Grundstein für die Antworten auf drängende Fragestellungen: Wie werden die neuen, zukunftsfähigen Arbeitsplätze in welchen Branchen aussehen? Was kann die Stadt dazu beitragen, dass diese Arbeitsplätze tatsächlich nach Duisburg kommen? Antworten auf solche und ähnliche Fragestellungen können helfen die hervorragenden Standortqualitäten Duisburgs besser zu nutzen und zu gestalten.

Schon in der Vergangenheit hat die Stadt bereits wichtige arbeitsplatzrelevante Stadtentwicklungsprojekte als oberste Priorität benannt. So hat beispielsweise das Programm „Impuls“ seinerzeit wichtige Zukunftsbranchen und die notwendige Förderung definiert. An diesen Weg wollen wir zukünftig wieder anknüpfen:

Das neue Programm soll unter dem Namen „Impuls II – Neue Chancen für Duisburg“ fortgeführt werden und wird Chefsache sein. „Impuls“ steht für die Kompetenzfelder Informations- und Kommunikationstechnologie/Mikrotechnologien, Material- und Werkstofftechnik/Nanotechnologie, Personenorientierte Dienstleistungen, Umwelt- und Energietechnologien, Logistik und Verkehr, Städtetourismus/Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Zur Finanzierung wollen wir Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes nutzen. Uns ist bewusst, dass insbesondere die Einwerbung von Fördermitteln der Europäischen Union in der Vergangenheit ein vernachlässigter Baustein war. Dieser bekommt zukünftig eine höhere Priorität.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung stellen fehlende Flächen ein großes Problem für Gewerbeansiedlungen bzw. Gewerbeverlagerungen im Stadtgebiet dar. Hier gilt es, ein Konzept zu erstellen, das klärt, wie bestehende Bedarfe verlagerungswilliger Unternehmen und geeignete Flächen für produzierende Unternehmen und die Logistikwirtschaft befriedigt werden können. Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung wird dabei weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Gemeinsam mit der IHK wollen wir die Gesellschaft für diese Aufgabe zukunftsfähig aufstellen und weiterentwickeln.

Junge Menschen brauchen eine Zukunft

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Nur wer Aufstiegschancen hat, kann seine Talente und Möglichkeiten entfalten. Junge Menschen brauchen eine Perspektive in der Arbeitswelt. Deshalb müssen wir die Lehrstellenlücke schließen. Wir brauchen eine gezielte Ausbildungs- und Berufsförderung, ein kommunales Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie ein Sofortprogramm zur Erhöhung der Beschäftigungsquote der unter 25-Jährigen.

Die SPD setzt sich ebenso weiter für einen kommunalen Ausbildungskonsens ein. Die Stadt Duisburg und deren Gesellschaften müssen ihren Beitrag dazu leisten und werden jedes Jahr eine große Zahl von Auszubildenden einstellen. Über die neu aufgestellte Gesellschaft für Beschäftigungsförderung soll ein Programm für junge Menschen durchgeführt werden, dass ihnen beispielsweise einen Job, eine Ausbildung oder eine Qualifizierung ermöglicht.

Dafür stehen wir ein.

Faire Bezahlung für harte Arbeit

Wer Vollzeit arbeitet, sollte von seinem Lohn vernünftig leben können. Gerechter Lohn ermöglicht den Menschen ein Entrinnen aus der Armutsspirale und hilft ihnen ein erfüllteres Leben zu führen.

Immer weniger Menschen können jedoch von ihrem Geld leben, obwohl sie den ganzen Tag hart dafür arbeiten. Das wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden ändern. Deshalb streiten wir für gute Arbeit und faire Bezahlung. Für uns heißt das: ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Mindestens.

„Gute Arbeit“ bedeutet für die SPD auch, dass Leiharbeit nicht als billiger Ersatz für Normalarbeitsverhältnisse missbraucht wird, sondern endlich zu dem wird, wofür sie gedacht war: ein Ausgleich für kurzfristige Auftragsspitzen in Unternehmen. Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit – zwischen Leiharbeitern und Stammbesetzungsmitgliedern, zwischen Mann und Frau. Als Wertschätzung und Attraktivitätssteigerung für gutes Personal im öffentlichen Dienst sind für uns faire Löhne ebenso wichtig wie die Tariftreue.

Wir unterstützen deshalb mit aller Kraft Initiativen für einen fairen Mindestlohn in allen Branchen.

Fit für den Arbeitsmarkt – qualifiziert qualifizieren

Wir werden stärker als bisher Arbeitssuchende in Duisburg fit für den Arbeitsmarkt machen müssen. Unternehmen dürfen nicht länger beklagen, dass ihnen in Duisburg die nötigen Fachkräfte fehlen und sie zahlreiche Jobs unbesetzt lassen müssen.

Die SPD sieht diverse Maßnahmen als unterstützende Lösung: Gemeinwohlarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Anpassungsqualifizierungen, Umschulungen und spezielle Programme für Berufsrückkehrer können Sprungbretter in den ersten Arbeitsmarkt sein. Die

Optimierung der Kooperationsstrukturen zwischen den arbeitsmarktpolitischen Akteuren muss berücksichtigt werden. Fördermittel des Jobcenters, aber auch alle Zuschüsse von EU-, Bundes- und Landesebene müssen bis zum letzten Cent für effektive, kreative und nachhaltige Fördermaßnahmen ausgeschöpft werden.

Anfang des Jahres 2015 wird die SPD darüber diskutieren, ob die Stadt die alleinige Trägerschaft der Leistungen nach SGB II (Optionskommune) übernehmen sollte.

Zusammen mit Oberbürgermeister Sören Link werden wir auch weiter um den Erhalt bestehender Arbeitsplätze kämpfen. Dabei legen wir ein klares Bekenntnis zum Industrie- und Dienstleistungsstandort Duisburg ab. Investoren werden sich auch zukünftig auf die Stadt verlassen können.

Soziale Sicherheit

Allgemeine Sicherheit basiert vor allem auf sozialer Sicherheit. Deshalb nehmen wir Angst vor sozialem Abstieg und Angst vor einer unsicheren Zukunft sehr ernst. Armut heißt oft, keine Teilhabe am sozialen Leben in unserer Stadt zu haben. Armut heißt, dass Kinder hungrig zum Kindergarten oder zur Schule gehen. Und nicht selten wird Armut in die nächste Generation weitergegeben.

Wir wollen Armut und die Entstehung von Armut mit allen Mitteln bekämpfen.

Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und allen relevanten gesellschaftlichen Kräften in unserer Stadt soll ein umsetzbarer „Aktionsplan gegen Armut“ erarbeitet werden. Vor dem Hintergrund unserer Sozialstruktur werden wir weiter einen sozialen Wohnungsbau in neuen Qualitäten in der Stadt befürworten. Die kommunale Wohnungsvermittlung und der „Wohnungsnotfallplan zur Vermeidung von Obdachlosigkeit“ sollen ebenfalls erhalten bleiben.

Sicher und aktiv im Alter

Die älter werdende Gesellschaft ist eine Chance für unsere Stadt. Die Erfahrungen und Fähigkeiten von älteren Menschen sind für unsere Gesellschaft von ganz besonderer Bedeutung. Sie stärken die Demokratie und die Solidarität zwischen den Generationen und verfügen über wertvolles Wissen und Werte. Mehr Lebensjahre bedeuten auch mehr Zeit, sich einzubringen und Duisburg mit allen Facetten zu genießen.

Wir wollen die Erfahrung und Verantwortungsbereitschaft der Älteren noch mehr als bisher wertschätzen und nutzen. Die meisten älteren Menschen sind fit und bereit auch weiterhin wichtige Akzente für das Gemeinwesen zu setzen. Sie wollen und können sich verstärkt einbringen.

Deshalb wollen wir bessere Rahmenbedingungen für aktives Altern in Duisburg schaffen und die soziale Infrastruktur für ältere Menschen verbessern. Deshalb unterstützen wir bewährte Konzepte wie beispielsweise den Seniorenwegweiser „Älter werden in Duisburg“. Er erläutert älteren Menschen und deren Angehörigen wichtige Informationen über Freizeitaktivitäten, Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Beratungs- und Hilfsangebote in Duisburg.

Wohnen, wo wir leben wollen

Die Menschen in Duisburg verdienen Lebensqualität bis ins hohe Alter. Ein barrierefreies Wohnumfeld ist für uns als SPD eine Selbstverständlichkeit. Duisburg bietet seinen „jungen Alten“ bereits seit vielen Jahren ein umfangreiches Service-Angebot mit Begegnungs- und Beratungszentren sowie Seniorentreffs. Auch in Zukunft wollen wir die Finanzierung dieser Einrichtungen sicherstellen – unser Plan:

Das Angebot für altengerechtes Wohnen muss ausgebaut werden, um älteren Menschen möglichst lange das Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Aus diesem Grund brauchen wir mehr Wohnungen, in denen man die Inanspruchnahme von Diensten frei wählen kann, zusätzliche Mehrgenerationenhäuser und vor allem auch mehr Senioren-Wohngemeinschaften. Die Steigerung des Angebotes für Alltagsassistenten für ältere Menschen wäre eine sinnvolle und notwendige Ergänzung. Denn viele Menschen können ihr Leben noch weitgehend selbstbestimmt in der eigenen Wohnung meistern, sie brauchen nur bei bestimmten alltäglichen Pflichten Hilfe.

Aktive Lebenshilfe

Mit zunehmendem Alter steigt die Notwendigkeit von Betreuung und Pflege. Wir wollen sicherstellen, dass Pflegebedürftige eine Lebensqualität erhalten, die ihnen einen möglichst hohen Grad an Selbstständigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Wir wollen die Selbsthilfepotenziale stärken. Deshalb engagiert sich die SPD im Bereich der Pflege für eine Integrierte Sozialplanung.

Die SPD möchte das Angebot an Hilfestellungen für ältere Bürgerinnen und Bürger, die vorübergehend oder dauerhaft ihren Haushalt nicht mehr selbstständig führen können, steigern. Wo Pflege nötig ist, gilt das Prinzip: Ambulant vor stationär. Dafür müssen wir die Zahl der Kurzzeit- und Tagespflegeplätze in unserer Stadt ausbauen. Gleichzeitig brauchen wir mehr qualifizierte Helfer, die ältere Menschen in der eigenen Wohnung bei der Pflege – aber auch bei den alltäglichen Aufgaben – unterstützen können. Die Möglichkeit, Versorgungslücken durch Verträge mit Einzelpersonen zu schließen, wird noch immer zu wenig genutzt.

Duisburg braucht mehr 24-Stunden-Betreuungsangebote und ein besseres medizinisches Informationsangebot. Die verschiedenen Pflegeangebote und Leistungen müssen besser vernetzt werden, wir brauchen mehr Koordinierung und Transparenz bei den Anbietern. Wir wollen die Beratungsdienste für Betroffene und ihre Angehörigen in dieser schwierigen Lebenslage verbessern.

Wir als SPD stehen für eine solidarische Familiengemeinschaft. Jeder Mensch muss vorrangig in seinem gewohnten sozialen Umfeld bleiben können. Wir kämpfen für die gesellschaftliche Anerkennung der Pflegetätigkeit durch Angehörige und wollen deren Arbeit unterstützen. Pflegebedürftige müssen weiterhin die freie Wahl haben, an welchem Ort sie stationär betreut werden.

Duisburg – hilfsbereit und stark bei der Inklusion

Hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung

Duisburg hat rund 485.000 Einwohner. Jede(r) einzelne von ihnen muss sich darauf verlassen können, dass für die ambulante Behandlung in Wohnortnähe ausreichend Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung stehen. Die ortsnahe medizinische Versorgung sollte also in allen Stadtteilen gewährleistet sein.

Wir wollen die Ansiedlung innovativer Versorgungsformen unterstützen. Medizinische Versorgungszentren, Hausarztverträge oder die integrierte Versorgung können dazu beitragen, die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten zu fördern und die medizinische Versorgung zu verbessern. In Duisburg ist uns dabei besonders wichtig: Vor allem in wirtschaftlich-schwachen Stadtteilen müssen Ärztemangel und die damit einhergehende soziale Ungerechtigkeit und Zugangsbarrieren überwunden werden.

Inklusion/Integration behinderter Menschen

Der Eingliederung von Menschen mit Behinderung kommt in unserer Gesellschaft eine immer höhere Bedeutung zu. Allein in NRW leben 2,7 Millionen Menschen mit Behinderungen, davon 1,7 Millionen mit Schwerbehinderung. In Duisburg gibt es über 50.000 Menschen mit registrierter Behinderung. Deshalb hat die rot-grüne NRW-Landesregierung einen ihrer Schwerpunkte bei der Umsetzung der Inklusion gesetzt.

Wir in Duisburg nehmen die Verantwortung der UN-Behindertenrechtskonvention sehr ernst und betreiben aktiv eine inklusionsorientierte Gleichstellungspolitik für Menschen mit Behinderungen. Schritt für Schritt setzen wir deshalb nun auch den Aktionsplan „Eine Gesellschaft für Alle – NRW inklusiv“ der SPD-Landesregierung um.

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die sich nicht nur auf den Bereich der Schul- und Sozialpolitik beschränkt. Ausgehend von frühkindlicher Bildung, Schule, Hochschule, Ausbildung und Berufsleben bis ins Alter, sind alle Politikfelder und Handlungsebenen betroffen. Inklusion in allen Lebensbereichen ist also eine große Herausforderung und bedeutet zugleich einen Mehrwert für uns alle:

Wer heute barrierefreie Wohnungen und Stadtquartiere schafft, der trägt der demografischen Entwicklung Rechnung und sorgt vorausschauend für seniorengerechte Kommunen und Wohnquartiere. Inklusive Infrastrukturen - barrierefrei und gleichzeitig familien- und seniorenfreundlich - sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Die entstehenden Synergien sind für die Gesellschaft insgesamt von nachhaltigem Nutzen.

Inklusion erfordert ein gänzlich anderes Bewusstsein hinsichtlich des Miteinanders in unserer Gesellschaft. Inklusion liegt ein Menschenbild zugrunde, das Verschiedenheit in einer Gesellschaft als Normalität und nicht als Hindernis begreift. Es geht um das selbstverständliche Einbeziehen der Betroffenen als „Experten in eigener Sache“. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die Menschen mit Behinderungen als Teil unseres gesellschaftlichen Lebens integrieren. Dabei ist die faktische, nicht rein theoretische Ermöglichung von Teilhabe ein Menschenrecht in einem demokratischen Gemeinwesen.

So begrüßen wir es sehr, dass es ausdrückliches Ziel des Berliner Koalitionsvertrages ist, ein Bundesteilhabegesetz auf den Weg zu bringen, welches Menschen mit Behinderungen neue gesetzlich verbürgte Chancen und Perspektiven eröffnet.

In Duisburg können wir mit Stolz auf unsere bisherigen Anstrengungen im Bereich Inklusion blicken: Die Werkstatt für Behinderte leistet großartige Arbeit und hat mit seinen Gastronomie- und Beratungszentren „Der Kleine Prinz“ oder „Der Ziegenpeter“ Musterbeispiele für gelungene Integration geschaffen. Wir unterstützen solche Ideen zum weiteren Ausbau einer Betreuungskette für Menschen mit Behinderung.

Inklusion ist ein stetiger gesamtgesellschaftlicher Prozess, an dem alle Menschen mitwirken können. Jeder kann seinen Beitrag dazu leisten, dass Vorurteile abgebaut und Benachteiligungen ausgeglichen werden. Der barrierefreie Zugang zu Gebäuden ist dafür nur ein Beispiel. Jeglicher Fortschritt beim Abbau von Barrieren bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Wahlfreiheit, weniger Hilfsbedarf. Wir brauchen behindertengerechte Zugänge und entsprechende Hilfen, eine fortlaufende Weiterbildung der pädagogischen Kräfte und eine bessere personelle, finanzielle sowie materielle Ausstattung der Kindergärten und Schulen. Dabei sehen wir Land und Bund in der Pflicht uns zu unterstützen.

Mit bürgerschaftlichem Engagement und fachlicher Hilfe müssen die Angebote für Unterstützungsleistungen gezielt ausgebaut werden. Wir müssen gleichzeitig die Arbeit der Selbsthilfegruppen stärken und die finanzielle Basis der Selbsthilfekontaktstelle sichern. Die SPD möchte in Duisburg neue Wohnformen entwickeln und Freiräume für eine selbstbestimmte Lebensform öffnen.

Ein wesentlicher Bestandteil eines selbstbestimmten Lebens ist Mobilität. Deshalb müssen wir vorhandene Benachteiligungen im öffentlichen Personennahverkehr ausgleichen. Für Menschen mit starken Bewegungseinschränkungen muss außerdem das Fahrdienst-Angebot bezahlbar gehalten werden.

Die Eingliederung in Ausbildung und Beruf ist eine weitere wichtige Integrationsaufgabe. Denn eine verantwortungsvolle Arbeit gibt Menschen ein Gefühl der Bestätigung und Selbstsicherheit. Für Menschen mit Behinderung ist dies besonders wichtig. Darum sind für die SPD in Duisburg weitere Verbesserungen in der Berufsbildung und Qualifizierung für Menschen mit Behinderung unbedingt erforderlich. Die Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung ist dabei ein wichtiger Baustein für die Integration dieser Menschen ins Berufsleben. Wir wollen die Durchlässigkeit zwischen den Werkstätten für Menschen mit Behinderung und dem allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen auf dem Arbeitsmarkt eine faire Chance bekommen.

Stadtentwicklung – Leben und Arbeiten in Duisburg

Duisburg 2020 – Unsere Stadt bekommt ein neues Gesicht

Stadtentwicklung ist ein sehr dynamischer Prozess. Ein Prozess, der Zukunft gestaltet und Ressourcen nachhaltig bindet - und der Zeit braucht. Er unterliegt vielen Faktoren und kann aufgrund der sich rasant verändernden globalen Finanz- und Geldströme kaum noch verbindlich im Detail über einen Zeitraum von mehr als sechs Jahren vorhergesagt werden.

Gleichwohl haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Vorstellung, wie das Bild von Duisburg im Jahr 2020 aussehen wird. Auf dem Weg dorthin wollen wir die Menschen in unserer Stadt beteiligen und sie einbinden - so wie es vorbildlich sowohl beim Charette-Verfahren für den Bahnhofsvorplatz als auch bei der Entwicklung für einen neuen Flächennutzungsplan unter dem Stichwort „Duisburg 2027“ erfolgt ist und zukünftig weiter voran getrieben wird.

Weniger ist mehr

Die demographische Entwicklung ist auch in Duisburg spürbar. Zukünftig werden alle Stadtteile mehr oder weniger Bewohnerinnen und Bewohner verlieren. Die Altersstrukturen werden sich verändern, so dass die Anforderungen angepasst werden müssen.

Wir wollen die in diesem Wandel liegende Chance nutzen: Der Rückbau von nicht mehr zeitgemäßem Wohnraum und die Schaffung von neuen Grün- und Freiflächen durch Entseigelung müssen die künftige Stadtentwicklungspolitik mitbestimmen. Die nachhaltige Verbesserung und Anpassung des Wohnumfeldes an neue Gegebenheiten ist für uns ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Lebensqualität und zur Sicherung der Nachhaltigkeit in unserer Stadt.

Die Innenstadt wird schöner

Auch in der Innenstadt haben wir einiges vor: Mit einem neuen, integrierten Innenstadtentwicklungskonzept soll die Innenstadt weiter aufgewertet werden. Der Innenhafen rückt wieder näher an die Innenstadt heran, die Stadt wird besser vernetzt, die Attraktivität gesteigert. Das Konzept ist realitätsnah, mit Bürgerbeteiligung geplant und wird überwiegend durch private Investitionen umgesetzt.

Wie könnte die Skizze aussehen?

Besucher der Stadt, treten aus dem neu gestalteten Bahnhof heraus auf einen von der Bürgerschaft anspruchsvoll geplanten, neuen Bahnhofsvorplatz. Weiter geht es dann entweder über die neue boulevardähnliche Friedrich-Wilhelm-Straße am offenen und einladend umstrukturierten Kantpark vorbei zum Friedrich-Wilhelm-Platz oder über den Portsmouth-Platz und die Königstraße zur Münzstraße.

Dort sind jetzt im sog. „Stadtfenster“ die Volkshochschule und Stadtbibliothek gemeinsam eingezogen und entwickeln sich zum Besuchermagnet. Sie erhöhen durch die steigenden Besucherzahlen die Attraktivität der Münzstraße und machen diese wieder zu einer begehrten Einkaufs- und Flanierzone.

In der Altstadt wird außerdem das Ziel „Junges Wohnen“ weiter verfolgt: Am Marientor entstehen in einem ersten Schritt Wohnungen für junge Menschen. Mit einem Ausbau des Innenhafens zwischen Marientor und Schwanentor wird so eine harmonische Verknüpfung im Zentrum der Stadt gebildet.

Nach dem Umzug der Stadtbibliothek werden das alte Gebäude und die gegenüberliegende Volksbank umgebaut. Hier entsteht Raum für neue Ansiedlungen, die dem Bedarf der Bürgerinnen und Bürger optimal gerecht werden.

Südlich des Hauptbahnhofes werden Bürogebäude verschiedener Größen entstehen, die im optischen Zusammenspiel wie eine große Krone wirken und Duisburg als attraktiven Dienstleistungsstandort symbolisieren.

Daran anschließend entsteht mit eigener Autobahnausfahrt die sog. „Duisburger Freiheit“, in der neben neuen Bürogebäuden ein großes Möbelhaus mit Zusatzsortiment und ein neuer Park zum Verweilen einladen.

In der gesamten Innenstadt werden sich auf diese Weise zukunftsweisende Dienstleistungsbranchen, interessanter Einzelhandel und eine kreative Kulturlandschaft in lebendigen und vielfältigen Stadträumen etablieren. Sie werden Lagen verbinden und sich mit einem positiven Image profilieren.

Die Innenstadt und der Bereich Wirtschaft und Kultur werden in den nächsten Jahren nachhaltig gestärkt und miteinander verbunden.

Stadtteile im Wandel – Stadtteile mit Potenzialen

Die Innenstadt ist die Visitenkarte einer Stadt, doch das Leben in den Stadtteilen ist fast noch wichtiger für die Vielfalt unserer Stadt und für die Lebensqualität unserer Bürger. Auf die historisch gewachsenen Stadtteilzentren sollte deshalb in Zukunft wieder mehr Wert gelegt werden. Zugleich benötigen wir in den Nebenzentren hochwertige Einzelhandelsgeschäfte mit einem vielfältigen Angebot. Es gilt, die Nebenzentren wieder mehr zu beleben und attraktive Anziehungspunkte zu schaffen.

Nebenzentren sollten durch neue Ansätze im Bereich Bauen und Nutzung wieder interessanter werden. Im ganzen Stadtgebiet sollen deshalb alte Brachflächen auf ihre Tauglichkeit als zukünftiger Standort für Arbeits- oder Wohnflächen überprüft werden.

Beispielhaft sei der Bereich nördlich und südlich der Wedauer Brücke in Bissingheim/Wedau genannt. Auf den alten Flächen der Deutschen Bundesbahn können im Grünen großzügige Wohnflächen mit kleineren Gewerbeeinheiten entstehen, die die angrenzenden Stadtteile zukunftsfähig halten und miteinander verbinden.

Quartiere stärken

Das Quartier ist mehr als nur Wohn- und Arbeitsort, es beschreibt das direkte Leben vor der eigenen Haustür. Dabei ist nicht ausschließlich das räumliche sondern vor allem das soziale Umfeld gemeint. Es geht um Wohnen und Versorgung, um Mobilität und Freizeitgestaltung und um soziale Kontakte. Kurz gesagt, das Quartier ist oftmals der Lebensmittelpunkt der Menschen, die lebenswerte Heimat vor der Haustür. Wir wollen die Quartiere in dieser Funktion stärken und dabei vor allem solche in Problemlagen berücksichtigen.

Während sich auf der einen Seite bestimmte Typen von Quartieren ausmachen lassen, ist gleichzeitig immer klar: Jedes Quartier ist einzigartig. Wir brauchen daher vor allem individuelle politische Ansätze und keine Patentrezepte. Dieser Ansatz der Ressorts übergreifenden Quartierspolitik ist neu. Wir wollen damit mehrere, miteinander verknüpfte Ideen realisieren und verbinden.

Quartierspolitik hat die Aufgabe, auf Schrumpfungs- und Wachstumsprozesse des Wohnungsmarktes in Duisburg schnell zu reagieren und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum ebenso etwas entgegen zu setzen wie andernorts dem drohenden Leerstand. Zusätzlich muss im Sinne des Klimaschutzes energieeffizientes Wohnen ausgebaut und unterstützt werden.

Auch der demografische Wandel stellt völlig neue Anforderungen an das Wohnumfeld. Das bringt die Notwendigkeit mit sich, diese barrierearm auszugestalten, wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten, Angebote zur Gesundheits- und Pflegeversorgung zu fördern und den öffentlichen Personennahverkehr zu sichern.

Kinderfreundliche Stadt

Duisburg soll Kinder- und familienfreundlich bleiben. Das Thema „Kinder“ muss deshalb auch in Zukunft wesentlicher Teil der Stadtentwicklungspolitik sein. Das beginnt bei der Planung von Wohnungs- und Hausgrundrissen mit ausreichendem Wohnraum für Kinder und geht weiter bei der Gestaltung von Sport- und Spielplätzen, Freiflächen und Aufenthaltsorten für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen. Zudem ist der Ausbau genügender Kinderbetreuungsangebote ebenfalls eine Anforderung an eine zukunftsgerichtete Quartierspolitik. Familien brauchen verlässliche Betreuungsangebote vor Ort in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Soziale Stadt

In den letzten Jahren ist viel Geld vom Land Nordrhein-Westfalen in die Stadterneuerung der Stadtteile Marxloh, Hochfeld und Bruckhausen geflossen.

Das Beispiel Marxloh hat deutlich gezeigt, dass das nicht umsonst war. So ist die Einkaufsstraße Weseler Straße mittlerweile europaweit ein Geheimtipp für heiratswillige Kundinnen und Kunden und weit über Landesgrenzen hinaus bekannt.

Auch andere Stadtteile sollen weiter gestärkt werden. So wird Laar mit einem neuen integrierten Handlungskonzept mehr Grün- und Freizeitflächen erhalten und die zur Industrie angrenzenden Wohnviertel werden aufgewertet. Auch die Verkehrssituation soll sich für die vom lauten LKW-Verkehr geplagten Einwohner verbessern.

In Homberg-Hochheide soll mit und rund um die „Weißen Riesen“ ebenfalls das Wohnquartier verbessert werden. Zum einen soll der Wohnbestand aufgrund von enormen Leerständen durch Abriss und Rückbau insgesamt reduziert werden. Zum anderen sollen die weiter bewohnten Hochhäuser und das Umfeld aufgewertet werden. Auf den freigeräumten Grundstücken könnten attraktive Grünflächen als Aufenthalts- und Begegnungsräume für Jung und Alt entstehen.

Arbeit für Duisburg

In der Vergangenheit hat die Stadt wichtige arbeitsplatzrelevante Stadtentwicklungsprojekte als oberste Priorität definiert. Als Beispiel sei das Programm „Impuls“ genannt, das wichtige Zukunftsbranchen und die notwendige Förderung festgelegt hatte. An diesen Ansatz wollen wir zukünftig wieder anknüpfen.

Unter dem Namen „Impuls II – Neue Chancen für Duisburg“ soll das neue Programm diese Entwicklung weiter voran treiben und wird Chefsache sein. IMPULS steht für die Kompetenzfelder Informations- und Kommunikationstechnologie/Mikrotechnologien, Material- und Werkstofftechnik/Nanotechnologie, Personenorientierte Dienstleistungen, Umwelt- und Energietechnologien, Logistik und Verkehr, Städtetourismus/Tourismus- und Freizeitwirtschaft.

Mit diesem Programm werden zukunftsfähige Arbeitsplätze in Duisburg erhalten und neue geschaffen.

Stärken stärken – Schwerpunkt Logistik weiter ausbauen

Die Logistikbranche ist ein sehr wichtiges Wirtschaftsstandbein für Duisburg. Unsere Aufgabe ist es, den Logistik-Standort zu stärken und weiter auszubauen.

Duisport ist heute eine der zentralen Logistikkreuzpunkte und Wertschöpfungsplattformen der Welt. Die Kombination von Standortqualität und Logistikkompetenz überzeugt immer mehr Unternehmen national und international. 1000 direkte Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren hier entstanden. Insgesamt haben mehr als 40.000 Menschen dank des Duisburger Hafens einen Job.

In den nächsten Jahren möchten wir Duisburg zu einem weltweit einzigartigen Logistikstandort machen. Wir müssen Anreize schaffen, damit sich mehr investitionskräftige Unternehmen in Duisburg ansiedeln. Gleichzeitig müssen die damit verbundenen Wirtschaftsverkehre verträglich abgeleitet werden. Der Erhalt von Brücken und Straßen für einen reibungslosen Ablauf der Wirtschaftsverkehre ist hierbei ein weiteres wesentliches Ziel für die kommenden Jahre.

Aufgrund einer gemeinsamen Kraftanstrengung der SPD auf allen Ebenen ist der Duisburger Hafen in öffentlicher Hand geblieben. Die Stadt Duisburg und das Bundesland Land Nordrhein-Westfalen sind jetzt alleinige Eigentümer des Hafens.

Die SPD will die Potenziale der Schiene stärker nutzen, um Duisburg als Logistikkreuzung noch kräftiger in Schwung zu bringen und die Stadt insgesamt besser zu vernetzen. Deshalb wollen wir eine schnelle Reaktivierung des „Eisernen Rheins“ als Verbindung von Duisburg nach Antwerpen und die Anbindung an die „Betuwe-Linie“ von den Niederlanden ins Ruhrgebiet. Wir wollen in enger Abstimmung mit dem Bund im Rahmen des „Masterplans für Güterverkehr und Logistik“ Investitionen nach Duisburg holen, um unsere Häfen und Duisport weiter auszubauen.

Grün vor der Tür

Ein wichtiger Ausgleich zur Arbeit ist die Erholung in der freien Natur. Für viele Duisburger findet Erholung in den Kleingärten und Grünanlagen statt. Deshalb wollen wir die Kleingartenanlagen erhalten, optimieren und ihre Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin finanziell erschwinglich halten.

Die Grünanlagen in den Bezirken werden durch ein langjähriges Investitionsprogramm immer weiter nachhaltig verbessert und garantieren so den Bürgerinnen und Bürgern gute Erholung in grüner, vielfältiger Weise.

Menschen bei den Planungen mit einbeziehen

Duisburgerinnen und Duisburger haben viele innovative Ideen, Pläne und Vorstellungen für ihre Stadt. Um diese konstruktiv und zielführend umzusetzen und die Reibungsverluste möglichst gering zu halten, ist es wichtig die Bürgerbeteiligung schon sehr früh einzuschalten. Bürger-Wünsche und Anregungen sind deshalb bereits in der Planungsphase zu berücksichtigen. Zusätzlich stärkt dieses Engagement die Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil bzw. Wohnquartier.

Bessere Bildung – bessere Chancen

Bildung hat eine soziale und eine leistungsbezogene Komponente. Gute Bildung zahlt sich langfristig für die Gemeinschaft aus, fördert den sozialen Zusammenhalt und ermöglicht es jedem einzelnen, ein erfülltes Leben zu führen.

Bessere Bildung bietet bessere Chancen. Der Start in eine gute Bildungskarriere fängt heute schon im Kindergarten an - Zugang zu guter Bildung bleibt lebenslang notwendig. Es muss eine sichere Bildungskette geben, die von der Kindertagesstätte über die ganze Schulzeit bis weit in das Erwachsenenleben hinein reicht. Dazu zählt vor allem die Universität, mit der auf allen Ebenen enger zusammengearbeitet werden muss.

Das schaffen wir über den weiteren Ausbau von Ganztagsbetreuung, den Ausbau der Erwachsenenbildung und durch kleine Gruppen und Klassen in allen Stadtteilen.

Alle Bürger sollen im Bereich Bildung die gleichen Chancen bekommen. Niemand wird zurückgelassen, die Schwachen gehen mit den Starken gemeinsam Hand in Hand. Im Detail bedeutet das für uns:

Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, in dem individuelle Förderung aktiv gelebt wird. Das ist eine wichtige Komponente für die Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und Chancengleichheit im Bildungssystem nachhaltig verwirklichen.

Uns ist klar: Wir können es uns nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen – wir brauchen jedes Talent und jede Begabung in unserer Gesellschaft! Wir nehmen den Anstoß der Landespolitik „Bildungspolitik als präventive Sozialpolitik“ zu betrachten sehr ernst und setzen ihn in Duisburg als Priorität um.

Klare Ziele

Die SPD definiert in der Bildungspolitik konkrete Ziele: Bis 2020 soll die Zahl der qualifizierten Bildungsabschlüsse deutlich gesteigert und die Zahl der Schulabbrecher ohne Abschluss um die Hälfte reduziert werden. Denn jeder erfolgreiche Schulabschluss steigert für den Betroffenen die Chance auf den Arbeitsmarkt.

Kinder sind die Zukunft – Für eine bessere frühkindliche Förderung

Es muss Aufgabe aller staatlichen Ebenen sein, dafür zu sorgen, dass Eltern von der Geburt ihrer Kinder an alle Hilfe und Unterstützung zuteil wird. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihrem Kind sämtliche Anreize bieten zu können, die es für seine optimale Entwicklung benötigt.

Dafür ist weitaus mehr notwendig als die rein finanzielle Unterstützung von Familien. Das Risiko von Kinderarmut ist nämlich nicht nur ein materielles Problem: Bildungsarmut, fehlende Förderung und Anreize, Bewegungsmangel, schlechte Ernährung und ein teilweise schlechter Gesundheitszustand sind für viele Kinder Realität und führen zu verschiedenen

Nachteilen - nicht nur in sozial benachteiligten Familien. Wir setzen auf eine Vernetzung der Betreuungsstrukturen gerade in sozial benachteiligten Vierteln und wollen dies im Rahmen des Landesprogramms „Kein Kind zurücklassen“ erreichen.

Wir brauchen insgesamt mehr gesellschaftliche Verantwortung und Offenheit, damit wir mit Beratungsangeboten und der nötigen Kinder und Eltern erreichen.

Von Anfang an ist dafür zu sorgen, dass alle Kinder sowohl die Chance auf eine gute Entwicklung erhalten als auch den Schutz der Gesellschaft genießen. Dazu gehört auch das Recht auf gesundes Aufwachsen. Vorsorgeuntersuchungen müssen deshalb verbindlicher werden.

Wir wollen den bedarfsorientierten Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Ebenso sind die notwendigen Plätze für die Kinder von 3 bis 6 Jahren bereitzustellen. Wichtig ist eine adäquate Ausbildung des Betreuungspersonals. Bund, Länder und Kommunen müssen die hierfür nötigen Mittel als Investitionen in die Zukunft zur Verfügung stellen.

Kein Kind mit Behinderung soll Ausgrenzung erfahren. Deshalb sollen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam in den Kindergarten gehen. Alle Kinder mit sprachlichen Defiziten sollten eine individualisierte und umfassende Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen erhalten. Zusammen mit dem Elternhaus soll die Kita dem Erwerb der notwendigen Fähigkeiten dienen, damit alle Kinder im Alter von 5-6 Jahren den Anforderungen des Grundschulalltags gewachsen sind.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass der Besuch von Kindertagesstätten langfristig kostenfrei für die Eltern ist um die Gleichberechtigung garantieren. Als ersten Schritt haben wir die Kostenfreiheit im letzten Kindergartenjahr erreicht.

Grundschule

Trotz Schülerrückgang halten wir an dem Grundsatz der wohnortnahen Grundschule fest, da es hier immense Vorteile für Kinder und Eltern zu verzeichnen gibt. Dazu zählt das intensivere Zusammenwirken zwischen örtlichen Kindertagesstätten und Grundschulen. In den vergangenen Jahren haben die Grundschulen bereits erfolgreich eine Reihe von Reformen umgesetzt. Hierauf können wir aufbauen um diesen Weg auch in Zukunft weiterzugehen.

Ein Schwerpunkt bei der Qualitätssteigerung der Grundschulen muss die Aufnahme von Sprachförderung in den Unterrichtsplan sein. Es ist erwiesen, dass nur ausreichende Sprachkompetenz auch Chancengleichheit in der Bildungsbiographie zur Folge hat. Deshalb gilt für uns: Alle Kinder sollen so schnell wie möglich die deutsche Sprache als Alltags- und Umgangssprache beherrschen, um ihre Bildungslaufbahn optimal beginnen zu können. Englisch als erste Fremdsprache sollte ergänzend und altersgerecht vermittelt werden. In diesem Zusammenhang sollen im Sinne einer „Wertschätzung der natürlichen Mehrsprachigkeit“ auch die Familien- und Herkunftssprachen mehr noch als bisher Anerkennung finden.

Eltern brauchen verlässliche Schulen. Mit der erfolgreichen Einführung der sogenannten Offenen Ganztagsgrundschule ist ein wesentlicher Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan.

Die Offene Ganztagsbetreuung soll in Zukunft an allen Schulen eingeführt und die Qualität der Betreuung verbessert werden. Dafür müssen alle Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes genutzt werden. Wir werden uns für zusätzliche 10.000 Lehrerstunden für Kinder in Duisburg einsetzen. Diese sollen im Offenen Ganztage eingesetzt werden.

Lehrerstellen und Ressourcen sollen künftig verstärkt nach einem Sozialindex verteilt werden, der regionale Besonderheiten, Stärken wie Schwächen, berücksichtigt.

Die interkulturelle Erziehung sollte ein wesentlicher Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit in Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen sein, um allen Kindern die Möglichkeit zu geben, Kompetenzen in unserer Gesellschaft zu erwerben und die Integration zu unterstützen.

Die Zukunft der weiterführenden Schulen – Schulkonsens NRW umsetzen

Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen.

Angesichts der Tatsache, dass die Schulform „Hauptschule“ nicht mehr gewünscht wird, ist es in Duisburg durch intensiven Dialog in den letzten Jahren gelungen, eine breite Zustimmung auf der Grundlage des Schulkonsenses NRW zu erreichen. Es ist nun klar, wie die Entwicklung des Schulsystems in den nächsten Jahren zu gestalten ist: Neben den Gymnasien und Gesamtschulen als Schulformen bis zum Abitur soll es die Sekundarschule als einzige weitere Schulform geben.

Die Sekundarschule ist eine Schule der Sekundarstufe I. Sie umfasst die Jahrgänge 5 bis 10 und ist mindestens dreizügig. In den Jahrgängen 5 und 6 wird integriert unterrichtet. Ab Jahrgangsstufe 7 kann integriert, teilintegriert oder kooperativ (in mindestens zwei getrennten Bildungsgängen) unterrichtet werden. Der Klassenfrequenzrichtwert beträgt 25. Die Sekundarschule ist in der Regel eine Ganztagschule. Durch die Kooperation mit einer Oberstufe eines Gymnasiums, eines Berufskollegs oder einer Gesamtschule wird der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife ermöglicht.

Wir werben dafür, den Weg in dieses Schulsystem unter Aufgabe der Schulformen Realschule und Hauptschule gemeinsam mit den Eltern zu gehen und diese aktiv einzubinden.

Qualität stärken, Bildungslandschaft gestalten, Erziehungsprozesse fördern

Viele Duisburger Schulen haben sich auf den Weg gemacht, ihren Unterricht qualitativ zu entwickeln: sie haben ihre Möglichkeiten erweitert, individuell bei Stärken und Schwächen zu fördern, sie haben sich dem Stadtteil geöffnet, sie haben ihre Möglichkeiten der Berufsorientierung und Medienerziehung erweitert und sie haben eigene Schwerpunkte und Profile entwickelt.

Dabei ist klar geworden: Diese Entwicklungen können langfristig nur gedeihen, wenn sie Unterstützung und Förderung genießen. So sollten die Schulen untereinander, aber auch mit Schulaufsicht, Kommune und vielfältigen Partnern zusammen arbeiten. Unter dem Stichwort „Bildungsregion“ hat sich in Duisburg ein Partnernetzwerk entwickelt, das diesen Unterstützungsraum bereitstellt.

In der Bildungsregion arbeiten Schulaufsicht, Schulträger und Schulen mit den vielfältigen Partnern in einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft zusammen. Diese verwaltet einen regionalen Bildungsfonds, der auch mit privaten Spendenmitteln ausgestattet werden kann. Sie formuliert Leitbild und Ziele der regionalen Bildungsentwicklung und koordiniert die Entwicklungsprozesse.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen das Modell der Bildungsregion und fordern eine aktive Rolle der Kommune in diesen Prozessen ein.

Dafür brauchen wir ein gut aufgestelltes Bildungsmanagement, welches in der Lage ist, die Gesamtkoordination der Bildungsregion zu steuern sowie gemeinsam mit den Ämtern „Schulische Bildung“, Volkshochschule und Stadtbibliothek die Bildungsplanung und Schulentwicklungsplanung kompetent begleitet.

Berufliche Bildung

Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Doch leider haben viele junge Menschen nach wie vor Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben. Viele Jugendliche erhalten keinen Ausbildungsplatz, viele stecken in Maßnahmen fest, ohne eine qualifizierende Ausbildung zu erreichen.

In der Sozialdemokratie bildet die duale Ausbildung eine leistungsfähige und im Vergleich zu den akademischen Bildungswegen eine gleichwertige Säule im Bereich der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen.

Wenn wir vom langfristigen Ziel der Ausbildungsgarantie ausgehen, so muss neben der Wirtschaft auch der Staat stärker agieren, sei es in Berufsausbildungszentren, bei Trägern oder in Form von vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen. Durch den Wegfall der Kosten für Warteschleifen kann die staatliche Ausbildung finanziert werden.

Wir sehen die Randbedingungen dafür so: Die Ausbildung berücksichtigt wie bisher die Ausbildungsberufe, die Prüfung am Ende wird von Schule und Wirtschaft gemeinsam durchgeführt. Es gibt in der gesamten Ausbildungszeit genau wie bisher hohe Praxisanteile. Die Ausbildungsträger wählen dazu geeignete Betriebe als Praktikumsbetrieb aus.

Die Rolle der Kommune liegt hierbei einerseits in einer qualifizierten Begleitung der Entwicklung der Berufskolleglandschaft, andererseits in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei Modellen des Berufseinstiegs.

Lebenslanges Lernen

Das lebensbegleitende Lernen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In einer sich rasant verändernden Gesellschaft wird die Fort- und Weiterbildung immer wichtiger. Bund, Länder und Gemeinden, aber auch Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände und Institutionen sind Träger einer existierenden verlässlichen Weiterbildungslandschaft, die es zu stärken und auszubauen gilt: Die Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum unterstützt mit ihrem Angebot das lebenslange Lernen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag für die notwendige Qualifizierung der Bevölkerung und trägt zur Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bei. Die Stadtbibliothek bildet ebenfalls eine unverzichtbare Säule zur Bildungsentwicklung der Region. Sie muss in der Fläche erhalten bleiben.

Regionale Orientierung der Universität erhalten

Die Neuorientierung der Duisburger Universität nach der Zusammenlegung mit der Universität Essen hat sich in den vergangenen Jahren als erfolgreich erwiesen.

Für Duisburg ist wichtig, dass die Verbindung zwischen der Region und der Universität auch in Zukunft erhalten bleibt und verstärkt wird. Die Hochschule ist ein wichtiger Arbeitgeber in Duisburg und ein guter Imageträger nach außen.

Wir wollen den universitären Standort Duisburg weiter stärken und unterstützen mögliche Erweiterungen des Campus.

Die Universität bildet junge Menschen aus, die auf wissenschaftlicher Basis und mit Kreativität die Wirtschafts- und Arbeitswelt beleben werden und dem Fachkräftemangel langfristig entgegen wirken. Die Forschungsprojekte an der Universität haben nicht selten Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen in Beruf, Familie und Freizeit. Deshalb setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine konsequente Nutzung des großen Potenzials an der Duisburger Hochschule ein.

Die Rolle der Kommune in Bezug auf die Hochschule sehen wir vor allem in der Gestaltung des Dialoges zwischen Universität und Region. Dabei sind uns vor allem die Themen „Abschluss des Fusionsprozesses“, „räumliche Ausweitung“ der Universität und „Entwicklung Imagekonzept“ für die Universität wichtig.

Den Dialog haben wir bereits durch die Bildung eines Universitätsausschusses intensiviert und wollen ihn auch in Zukunft weiter stärken.

Lernen zum Anfassen

Auch die stärkere Vernetzung von Schule und Wissenschaft liegt uns am Herzen. Deshalb wollen wir einen regionalen „Jugend forscht“-Wettbewerb ins Leben rufen, der von den in der Region ansässigen Unternehmen aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich gefördert wird.

Investitionen in Schulen

Wir wollen, dass Kinder sich in ihren Schulen wohlfühlen und optimale Lernbedingungen vorfinden. So setzen wir uns dafür ein, dass das Modernisierungs- und Renovierungsprogramm in den Schulen fortgesetzt wird. Dabei wird ein Schwerpunkt auf eine zukunftsfähige Computerausstattung gelegt und angestrebt.

Jugend hat Zukunft

Duisburg gehört den nachfolgenden Generationen. Duisburg soll kinder- und familienfreundlich bleiben. Aktive Familienpolitik ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Der Ausbau von Bildung und Betreuung ist die familienpolitische Aufgabe Nummer eins.

Kindergärten/U 3-Betreuung/Ganztagsbetreuung

Unser Grundsatz im Bereich „Kinder und Betreuung“ lautet: Kurze Beine – kurze Wege. Das bedeutet für uns, dass die flächendeckende Versorgung mit Kindergärten in Duisburg sichergestellt bleibt.

Immer mehr Bürger wollen oder müssen ihre Kinder früher als bisher in den Kindergarten geben. Dem möchten wir mit einem angepassten Angebot Rechnung tragen. So wird die U3-Betreuung bedarfsgerecht weiter ausgebaut und alle interessierten Eltern bekommen einen Platz für ihre Kinder. Auf diesem Wege wird auch Alleinerziehenden und Eltern, die aus beruflichen oder Ausbildungsgründen dringend eine Betreuung brauchen, zeitnah geholfen.

Auch werden wir die Zeiten der Ganztagsbetreuungsplätze weiter ausbauen, da Öffnungszeiten bis 14 Uhr nicht mehr zeitgemäß sind und der Bedarf sich geändert hat. Dafür planen wir, die Zuschüsse des Landes für ein Ausbauprogramm so zu nutzen, dass in Zukunft Öffnungszeiten bis 16.30 Uhr als Regelzeit garantiert wird.

Dabei wollen wir die Qualität der Einrichtungen durch Verbesserung der Arbeitssituation der Erzieherinnen und Erzieher steigern. Raumausstattung, Gesundheitsschutz, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die hier tätigen Kolleginnen und Kollegen sind zu sichern und auszubauen.

Spielen macht Spaß

Das Ausbau- und Renovierungsprogramm für Spielplätze soll fortgesetzt werden. Dabei sind neueste Erkenntnisse im Spielbereich anzuwenden und umzusetzen. Der besonders beliebte Umgang mit dem Element „Wasser“ hat dabei eine wichtige Funktion. In der Stadtplanung soll vor allem berücksichtigt werden, wie Kindern in unserer Stadt wieder mehr Platz zum Spielen eingeräumt werden kann.

KinderBildung

Kinder haben viele Begabungen und Talente. Diese müssen so früh wie möglich gefördert werden. Mit einer verbesserten Kooperation von Jugendhilfe und Schule steigen die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche und eine bessere Förderung ist garantiert.

Künftig soll die kommunale Schulträgerschaft mit dem öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe unter der strategischen Leitung des zuständigen Dezernates enger zusammengeführt werden. Dabei sollen Bildungs-, Jugend- und Familienthemen besser aufeinander abgestimmt und strategisch geplant werden.

Sichere Angebote für alle Kinder

Duisburg hat gute Angebote in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Diese wollen wir sichern, da sie in der heutigen Zeit einen unverzichtbaren Bestandteil der Bildungslandschaft darstellen und Kindern und Jugendlichen Alternativen bieten. Mit niedrigschwelliger Sozialarbeit, der Gewaltprävention und der Gesundheitsvorsorge werden vor allem Kinder und Jugendliche aus benachteiligten und bildungsfernen Schichten erreicht, die durch diese Angebote ihre Chancen auf Bildung und ein selbstbestimmtes Leben deutlich verbessern.

Reduzierung in den Ausgaben der Erziehungshilfen

Mit einem auf dem bisherigen Steuerungskonzept aufsetzenden neuen Handlungskonzept zur Vermeidung der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen aus Problemsituationen in Heimen und offenen Angeboten kann es gelingen, eine deutliche Reduzierung von Ausgaben zu erreichen. Hierzu sind entsprechende Abstimmungsgespräche mit den Anbietern von Jugendhilfemaßnahmen zu führen, um so zu einer gemeinsamen Strategie zu gelangen.

Von den eingesparten Mitteln sind 50 % zur Senkung des Haushaltsdefizites einzusetzen, mit den anderen 50 % sind die bestehenden Einrichtungen und Angebote der Präventionsarbeit zu sichern und auszubauen.

Kinder und Jugendliche bestimmen mit

Kinder und Jugendliche wissen häufig am besten, wo ihnen der Schuh drückt. Um dazu vor Ort mehr zu erfahren und Verbesserungen herbeizuführen, soll in jedem Bezirk zusammen mit den Betroffenen eine Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeit geschaffen werden.

Kultur – ein Plädoyer für mehr Internationalität, Bildung und Vernetzung

Für Duisburg ist Kultur ein wichtiger Schlüssel zu einer erfolgreichen Stadtentwicklung. Deshalb ist eine kreative und innovative Kulturpolitik und Kulturförderung unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadtpolitik. Leitgedanke ist dabei, allen Bürgern unserer Stadt – insbesondere auch in den Stadtteilen – eine Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen.

Starke Kulturangebote erhalten und weiterentwickeln

Die Duisburger SPD hat in der Vergangenheit – trotz jahrzehntelangen Konsolidierungsnotwendigkeiten – dafür Sorge getragen, dass sich Duisburg zu einem kulturellen Oberzentrum am Niederrhein entwickelt hat. Wir haben

- die Operngemeinschaft mit der Stadt Düsseldorf aufgebaut,
- mit der Stiftung Lehmbruck-Museum, dem Kultur- und Stadthistorischen und dem Binnenschiffahrtsmuseum eine Museumsszene auf internationalem Niveau entwickelt,
- die Grundlagen für weitere international bedeutsame Ansiedlungen von Museen wie dem Museum Küppersmühle und dem Museum DKM gelegt,
- international beachtete Festivals wie die Duisburger Akzente und das Traumzeitfestival etabliert,
- Theaterproduktionen auf höchstem Niveau nach Duisburg geholt,
- der freien Kulturszene durch die Einrichtung von Künstlerhäusern Freiräume für ihre künstlerische Entwicklung geschaffen,
- mit den Duisburger Philharmonikern ein Orchester der Spitzenklasse in unserer Stadt.

Die Duisburger SPD versteht den öffentlichen Kulturauftrag auch weiterhin als zentrale Aufgabe ihrer Kommunalpolitik. Dabei bezieht sozialdemokratische Kulturpolitik immer auch gesellschaftliche Veränderungen mit ein. Für uns ist Kulturpolitik gleichzeitig Integrationspolitik, durch die alle Menschen in Duisburg, unabhängig von Alter, Geschlecht, kultureller Zugehörigkeit oder finanzieller Lage Zugang zur Kultur erhalten sollen. Mit der erfolgreichen Umsetzung des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ werden wir auch weiterhin Stetigkeit und Verlässlichkeit für die Arbeit der Kulturinstitute und Kulturschaffenden ermöglichen. Es ist unser Ziel für die Jahre 2014 bis 2019 die vorhandene kulturelle Infrastruktur in unserer Stadt nicht nur zu erhalten, sondern sie behutsam auszubauen. Wir müssen dabei künftig mehr über neue Strukturen, Kooperationen und Vernetzungen mit dem Ziel der Stärkung kultureller Angebote in unserer Stadt nachdenken. Wir in Duisburg werden deshalb die Fortschreibung unserer kulturpolitischen Leitlinien weiter vorantreiben. Sie bieten eine hervorragende Grundlage für unsere weitere Schwerpunktsetzung in der Kulturpolitik und Kulturförderung. Unsere Leitlinien sind seinerzeit in einem gemeinschaftlichen Prozess mit allen Kulturinstituten und Kulturakteuren entwickelt worden. Diesen Partizipationsprozess wollen wir wieder aufgreifen, weiterführen und damit Rahmenbedingungen für eine langfristige Kulturentwicklungsplanung setzen.

Dieser „Kulturentwicklungsplan“ soll durch Bündelung von kulturpolitischen Aufgabenstellungen im Rahmen eines effizienten „verwaltungsinternen Kulturmanagements“ erarbeitet werden. Mit ihm legen wir gemeinsam die Zukunftsziele für die Duisburger Kultur fest. Die Erarbeitung dieser Ziele verstehen wir wiederum als partizipativen Prozess, an dem alle Kulturakteure beteiligt werden sollen. Spätestens seit dem Kulturhauptstadtjahr Ruhr 2010 ist klar, dass kommunale Kulturpolitik nicht an Stadtgrenzen endet.

Gleichzeitig machen immer enger werdende Finanzspielräume der Kommunen und die zunehmende Mobilität der Bürger verstärkt regionale Kooperationen notwendig. In diesem Plan sollen deshalb neben der Pflege der kulturellen Vielfalt sowie die Weiterentwicklung innovativer und anspruchsvoller kultureller Angebote insbesondere auch Themen regionaler Theaterkooperationen, der Regionalisierung von Museumsberatung und Museumsmarketing oder inhaltlich/regionale Kooperationen im Bereich Öffentlicher Bibliotheken und Volkshochschulen aufgegriffen werden. Er soll sowohl Visionen als auch konkrete Ziele und Handlungsfelder sowie deren Finanzierbarkeit benennen. Im Rahmen des Kulturentwicklungsplans soll darüber hinaus eine Informationsplattform für alle Kulturschaffenden zu Terminen, Aktivitäten usw. im Bereich der Kultur aufgebaut werden.

Kulturelle Bildung, Vernetzung und Interkulturalität sollen die weitere Maxime für die Kulturentwicklung unserer Stadt sein. Die vom Oberbürgermeister formulierte Bildungsoffensive für Duisburg bezieht sich auch und besonders auf den Bereich der kulturellen Bildung. Sie ist die Voraussetzung für die Teilhabe an der Kultur unserer Stadt und muss alle Kultur- und Bildungseinrichtungen unserer Stadt zu einem interkulturellen Dialog ermutigen. Da Bildung mehr ist als Fachwissen, sondern im Sinne von kultureller Bildung auch kreative Kompetenz und Selbstreflexion sowie Sensibilität über ästhetische Zusammenhänge, müssen bereits erfolgreiche Ansätze (inter-)kultureller Bildung weiterentwickelt und ausgebaut werden. Ein wichtiger Schritt hierfür wurde durch die organisatorische Einbindung der Musik- und Kunstschule in die Duisburger Volkshochschule gemacht. Die sich hierdurch ergebenden Synergien im Bereich der kulturellen Bildung wirken sich positiv für ein flächendeckendes Angebot aus. Trotzdem muss es noch zu weiteren Verbesserungen kommen - vor allen Dingen mit Blick auf den Austausch und die Zusammenarbeit von Kindergärten und Schulen mit städtischen wie außerstädtischen Kultureinrichtungen sowie auf die verstärkte Präsenz von Künstlern in Bildungseinrichtungen mit dem Ziel einer nachhaltigen Vernetzung und Verstetigung.

Ein weiterer Fokus, der viele auch gerade jüngere Menschen verbindet, liegt auf den elektronischen Medien.

Im Rahmen der interregionalen Kooperation „Interkultur“ gibt es offenbar eine besondere Nähe zur Zielgruppe gerade der jüngeren Menschen aus Zuwandererfamilien, so dass hier ein Schwerpunkt und ein Profil für eine modellhafte Entwicklung, gefördert durch das Land und dem RVR liegen kann (z.B. mit dem Filmforum, dem Dokumentarfilmfestival einschließlich seiner Sektion doxs, den Duisburger Akzenten, Stadtbibliothek und VHS, den Neuen

Medien im Lehmbruck Museum, Spieltrieb im Theater). Das Lehmbruck Museum als Institut der sogenannten Hochkultur soll hier ebenso eine maßgebliche Rolle spielen wie die Duisburger Philharmoniker, das Theater und die Kulturhistorischen Museen.

Kultur in den Stadtteilen

Wir wissen um die Bedeutung der Stadtteil-Kultur. Die Stärkung der Stadtteilkulturarbeit ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt unserer kulturpolitischen Arbeit in den nächsten sechs Jahren. Für uns Duisburgerinnen und Duisburger ist orts- und quartiersbezogene Identität ein wichtiger Ausdruck unserer Heimatverbundenheit. Hierbei spielen die lokalen Kultureinrichtungen und Kulturangebote eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Deshalb wollen wir die lokalen Kultureinrichtungen sowie die Aktivitäten der Vereine und örtlichen Verbände stärker in das gesamtstädtische Kulturmanagement einbeziehen und die Förderung der kulturellen Aktivitäten und Strukturen vor allem in den Stadterneuerungsgebieten verbessern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine neue Kooperation klassischer sprich hochkultureller Einrichtungen mit unserer kreativen, alternativen und vielfältigen freien Szene. Die Arbeit der freien Kulturschaffenden in Duisburg zeichnet sich durch hohe Kreativität, Spontanität und Frische aus. Sie weiter im Zusammenspiel von Museen, Schulen und außerschulischen Einrichtungen angemessen zu fördern und damit im Bestand zu sichern, ist eine wichtige Zielsetzung unserer Politik. Kultur- und Kreativwirtschaft ist in diesem Zusammenhang ein Zukunftsmarkt und damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Unsere Kulturpolitik ist deshalb auf die Stärkung dieser Potenziale vor allem im Bereich des Kunsthandwerks sowie der Musik- und Kleinkunstszene ausgerichtet. Diese Einschränkung würde ich durch lukrativere Wirtschaftszweige wie Design, Architektur, Games, Werbung ergänzen. Erste Verantwortungspartnerschaften wurden mit der städtischen Wirtschaftsförderung unter dem Titel „Creative Stage“ gebildet.

Sport – Duisburg bewegt sich

Die größte Bürgerbewegung Duisburgs ist der Sport. Wir haben in unserer Stadt 500 Vereine mit über 100.000 Mitgliedern. Sport ist unabhängig vom gesellschaftlichen Status, vom Alter und kultureller Zugehörigkeit. Sport fördert die Gesundheit, Sport bringt Menschen zusammen. Sport bietet zudem die Chance, soziales Engagement zu lernen und Verantwortung zu übernehmen. Deshalb verdient auch das Ehrenamt im Sport jede mögliche Unterstützung.

Grundlage für den Sport in Duisburg ist die integrierte Sportentwicklungsplanung, die unserer Ansicht nach permanent fortgeschrieben werden muss. „Sport“ soll weiter unbedingt zentral und unabhängig verwaltet werden, also „aus einer Hand“ kommen und nicht schlicht einer anderen Verwaltungseinheit nachrangig untergeordnet werden. Wir wollen den Sport in Duisburg sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht stärken. Die derzeitige Finanzausstattung des Eigenbetriebes DuisburgSport muss beibehalten werden.

Ein besonderes Augenmerk bei der Infrastruktur muss auf die Turnhallen und für den Schulsport geeignete Schwimmbäder gerichtet werden. Wir brauchen ein Sporthallen- und Schulschwimmbadkonzept, aus dem die Anforderungen an die Zukunft und deren realistische Umsetzung klar hervorgehen und definiert sind.

Auch wenn manche Vereinsanlage erneuerungsbedürftig oder erweiterbar ist, haben wir in Duisburg grundsätzlich eine herausragende sportliche Infrastruktur geschaffen. Dies betrifft sowohl den Spitzen- als auch den Breitensport. Diese Infrastruktur werden wir in der kommenden Ratsperiode kontinuierlich weiterentwickeln. Wir müssen die gelungene Balance zwischen Leistungs- und Breitensport weiterhin gewährleisten.

Öffentliche Sportangebote stehen allen Duisburgerinnen und Duisburgern zur Verfügung und bieten Raum für ein generationsübergreifendes Miteinander. So müssen Sportangebote auch frei von Vereinsbindungen öffentlich zugänglich sein. Ein zeitgemäßes Angebot für sportliche Betätigung stellt auch neue Anforderungen an die Sportflächen. Trendsportarten müssen berücksichtigt werden, unsere Flächen zukunftsorientiert und bedarfsgerecht geplant werden.

Die Sportlandschaft Duisburgs lebt von und durch ihre Vereine. Diese existieren nur aufgrund ihrer fast ausschließlich ehrenamtlichen Mitglieder. Das Ehrenamt ist eine der tragenden Säulen unseres Zusammenlebens und verdient eine angemessene Würdigung. Wir müssen gerade das Engagement junger Menschen im Sport durch Lehrgänge und Ausbildungen fördern, damit diese der Verantwortung und auch den Anforderungen gerecht werden können.

Die Sportlandschaft in unserer Stadt und ihre Bezirke benötigen Entwicklung. Als Reaktion auf den demografischen Wandel werden in den nächsten Jahren auch Fusionen von Sportvereinen verstärkt in die Diskussion kommen. Das kann auch Vorteile für die Vereine haben. Aus dem Verkauf von Sportstätten in städtischer Hand kann zum Beispiel ein Teil des Erlöses für die Sanierung anderer Sportstätten eingesetzt werden. Dafür muss eine Konzeption erarbeitet werden. Konkret werden wir insbesondere diejenigen Vereine besonders unterstützen, die ihre zukünftige Struktur modernisieren und planen.

Pakt für den Sport in Duisburg

Der „Pakt für den Sport in Duisburg“, der vom Stadtsportbund Duisburg e.V. (SSB) als Vertreter für die Duisburger Sportvereine und der Stadt Duisburg unterzeichnet wurde, ist für uns die Grundlage der Sportpolitik. Er sichert auch in finanziell schwierigen Zeiten ein vielfältiges und attraktives Sportangebot, wahrt die Autonomie des Sportes, stärkt das Ehrenamt und unterstützt die Zusammenarbeit mit Schulen.

Umwelt – grüne Industriestadt

Duisburg ist eine grüne Industriestadt. Umweltschutz in einer von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Industrie- und Großstadt wie Duisburg heißt: Die Investitionen in Umwelt- und Naturschutz müssen sozial gerecht allen Bewohnern zugute kommen. Wohnen im Grünen nur für wenige, aber Lärm und Feinstaub für viele – das ist nicht gerecht. Deshalb sollen die Mittel, die wir für die Umwelt zur Verfügung haben, effektiv eingesetzt und gerecht verteilt werden.

Duisburg bietet wunderschöne Erholungsflächen wie die Sechs-Seen-Platte, unsere Rheinufer oder den Duisburger Stadtwald. Diese Flächen müssen geschützt, gepflegt und ausgebaut werden. Bestehende Grünflächen und Grünzüge sollen als neues Biotopverbundsystem zusammengeführt werden. Dies führt zu einem erhöhten Artenaustausch zwischen den einzelnen Biotopen und trägt somit wesentlich zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Dafür werden wir Fördermittel einwerben. Des Weiteren setzen wir uns nach Möglichkeit, für die Einrichtung weiterer Biotope und Naturschutzgebiete in Duisburg ein.

Die Industriebetriebe wie die Logistikunternehmen in Duisburg müssen ihre gesetzlichen Verpflichtungen für saubere Luft und lärmarme Produktion erfüllen. Wir brauchen deshalb eine zukunftsorientierte und konsequente industrielle Altanlagenanierung. Dazu soll es Vereinbarungen mit den hiesigen Industrieunternehmen geben, die Grundlagen schaffen, wie wirtschaftliche und ökologische Erfordernisse in Duisburg in Einklang gebracht werden können.

Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, eine Inbetriebnahme der CO-Pipeline zu verhindern. Die Schutzeinrichtungen der CO-Pipeline sind nicht ausreichend, um die Gefahren der Pipeline zu beherrschen.

Umwelthotline

Wir möchten eine Umwelthotline einrichten, die sicherstellt, dass jede Meldung von Umweltverstößen sofort an die richtige Stelle zur Überprüfung und zum Einschreiten weitergeleitet wird. Wenn es Probleme gibt, dürfen die Betroffenen auch zum Schutze aller damit nicht alleine gelassen werden. Alle Möglichkeiten der Hilfe sollen unbürokratisch und schnell ausgeschöpft werden.

Klimaschutz

Klimaschutz beginnt vor der eigenen Haustür. Duisburg sollte beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion übernehmen. Das vorhandene städtische „Duale Klimakonzept“ muss auch in Zukunft konsequent umgesetzt werden. Es legt fest, dass die Stadt Duisburg im Rahmen ihrer Möglichkeiten bis zum Jahr 2020 (gegenüber 1990) den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 % absenkt. Dieses Konzept soll durch ein zusätzliches Klimaschutzkonzept aktualisiert und ergänzt werden. Für die Erstellung eines solchen sollen entsprechende Fördermittel eingeworben werden. Damit wird gleichzeitig die Grundlage für eine weitergehende Förderung von städtischen Klimaschutzprojekten geschaffen.

Zur weiteren Verbesserung des Klimaschutzes werden wir dafür sorgen, dass in Zukunft nur noch schadstoffarme Fahrzeuge für die Stadt Duisburg und deren Gesellschaften angeschafft werden.

Nach wirtschaftlicher Abwägung ist hierbei Elektromobilen der Vorzug zu geben. Gerade für den Kurzstreckenbereich sind E-Mobile geeignet. Stadteigene PKW sind größtenteils innerstädtisch unterwegs und haben somit auch die Möglichkeit von standortnaher Neuladung

Bürger für die Umwelt/Patenschaften für Grünflächen

Der Schutz der Umwelt und die Pflege unserer Grünflächen ist unser aller Aufgabe. Um das in Duisburg bereits vorhandene ehrenamtliche Engagement im Umweltbereich zu stärken, werden wir Initiativen und Projekte von Bürgerinnen und Bürgern künftig in ausgewählten Fällen aktiv unterstützen.

Umweltschutz in der gesamten Stadt

Uns ist es wichtig, dass das Thema Umwelt- und Naturschutz gesamtstädtisch betrachtet und behandelt wird. Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt und den Ausbau von wohnortnahen Grünflächen einsetzen. Ausgleichspflanzungen von Bäumen nach entsprechenden Fällungen sollen zeitnah und konsequent umgesetzt werden.

Die Investitionen in Umwelt- und Naturschutz müssen sozial gerecht und allen Bewohnerinnen und Bewohnern zugutekommen. Jeder Bürger und jede Bürgerin hat unabhängig vom Wohnort und Stadtbezirk ein Recht auf eine gesunde und lebenswerte Umwelt.

Duisburg am Rhein

Duisburg befindet sich direkt am Rhein und doch ist er für den Bürger nur wenig zugänglich. Bis auf wenige Ausnahmen wurde dieser bisher hauptsächlich industriell als Wasserstraße genutzt. Wir möchten - da wo die Bebauung es zulässt - den Rhein für die Duisburgerinnen und Duisburger direkt öffnen und erlebbar machen. Es gilt hier weitere heimatnahe Erholungsräume zu schaffen und den Rhein damit seinen Anwohnern ein Stück näher zu bringen.

Weniger Staub und Lärm

Lärm macht nachweislich krank. Konzepte zur Lärmreduzierung sind sowohl seitens der Industrie als auch der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern zu erarbeiten und einzuhalten. Um die Lärmbelastung zu reduzieren und die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ist der Bau von Umgehungsstraßen an einigen Punkten unserer Stadt sinnvoll. Darüber hinaus werden viele andere Maßnahmen notwendig sein, um die Lärmbelastung erfolgreich zu verringern. Dazu gehören unter anderem die Verwendung von sogenanntem Flüsterasphalt, Geschwindigkeitsbegrenzungen und eine

zielgerichtete Lenkung der Verkehrsströme, insbesondere für den Schwerlastverkehr. Zwingend erforderlich ist auch ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept für eine Steuerung der Verkehrsströme.

Damit dieses ehrgeizige Ziel langfristig erreicht werden kann, setzen wir auf einen breit angelegten Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam entwickelte Maßnahmen sollen langfristig in die städtische Lärminderungsplanung einfließen.

Um einen kommunalen Anteil zur Feinstaubreduzierung in Duisburg zu leisten, werden wir die Verantwortlichen im Bereich des Duisburger Hafens zunächst nachdrücklich dazu auffordern, die Anlegestellen schrittweise mit einem gebührenpflichtigen Stromanschluss zum Betrieb der Schiffssysteme auszustatten.

Duisburg braucht engagierte Bürger

Duisburg lebt von und mit Menschen, die gerne Dinge umsetzen und mitmachen wollen. Das Stichwort Bürgerbeteiligung ist für uns elementar. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass Bürger dafür über Entscheidungen besser informiert oder an Entscheidungen stärker als bisher beteiligt werden wollen und müssen. Das Desaster um den Neubau des Museums Küppersmühle beispielsweise hätte es mit mehr Offenheit und Transparenz in diesem Ausmaß sicher nicht gegeben.

Deshalb werden wir uns intensiv für mehr Bürgerbeteiligung einsetzen. Dafür gibt es viele Ideen, z. B. die Durchführung regelmäßiger Bürgerversammlungen in den Stadtteilen oder auch die bessere Unterstützung von Bürgerinitiativen durch die Stadt. Bauvorhaben dürfen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchgesetzt werden, sondern müssen transparenter gestaltet werden. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in die Planung von Infrastrukturvorhaben einbeziehen.

Vorbildlich ist dieses bei der Planung des Bahnhofvorplatzes und der Planung für Duisburg 2027 gelungen. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit seriösen Bürgerinitiativen werden wir weitere Ideen sammeln und auf ihre Umsetzbarkeit prüfen.

Sichere und saubere Stadt

Duisburg gehört zu den sichersten Großstädten Deutschlands. Die aktuelle Polizeikriminalitätsstatistik (PKS) bestätigt dieses. Trotzdem wollen wir nicht die Hände in den Schoß legen. Die Stadt wird ihren Teil dazu beitragen, dass es so bleibt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Sonderaußendienst des Ordnungsamtes in seiner personellen Stärke erhalten bleibt und die enge Zusammenarbeit mit der Polizei sucht.

In einer sauberen Stadt fühlen sich die Menschen wohl. Deshalb wollen wir das erfolgreiche 48-Stunden-Dreck-weg-Versprechen weiter einsetzen, d. h. die Bürger können dreckige Ecken melden. Diese werden, sofern es sich um öffentliche Grundstücke handelt, innerhalb von 48 Stunden nach der Meldung beseitigt werden. Und auch die Sperrmüllabholung soll kostenfrei bleiben, denn Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass sonst der Sperrmüll illegal in den Grünanlagen oder an anderen Stellen im Stadtgebiet landet.

Unsere Wirtschaftsbetriebe spielen nicht nur bei der Abfallentsorgung eine wichtige Rolle. Sie müssen in kommunaler Hand bleiben. Damit bleiben die hohen Standards für viele Serviceleistungen erhalten.

Integration, Teilhabe und Zuwanderung

Integration ist Querschnittsaufgabe

Eine gute Sozial-, Bildungs-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik ist die beste Grundlage für eine aktive Integrationspolitik. Der Erwerb der deutschen Sprache ist hierfür ein vorrangiges Ziel und ein Baustein zur Steigerung der qualifizierten Bildungsabschlüsse. Nur so ist Chancensteigerung auf dem Arbeitsmarkt möglich. Die Sprachförderung, die bei Bedarf übrigens alle Nationalitäten erhalten, muss deshalb unbedingt erhalten bleiben. Der Einsatz der finanziellen Mittel sollte dabei jedoch zielgenauer erfolgen.

Wir setzen uns für eine weltoffene, tolerante und integrationsbereite Stadtgesellschaft ein. Jegliche Form von Rassismus und Benachteiligung lehnen wir ab. So ist für uns klar, dass das „Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus“ des Bundes erhalten bleiben muss.

Wir stehen zum Kommunalwahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die schon längere Zeit hier leben und sich für ihre neue Heimat engagieren wollen. Menschen aus anderen Ländern, die hier in Duisburg dauerhaft leben wollen, soll die Einbürgerung leicht gemacht werden. Wir setzen uns auf übergeordneter Ebene dafür ein, dass die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall möglich wird.

Migrantinnen und Migranten sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Um eine verbesserte Berücksichtigung in Maßnahmen der Beschäftigung und Qualifizierung zu erreichen, sollte die Vermittlung seitens der Arbeitsverwaltung entsprechend geschult, bestehende Barrieren abgebaut und die Ausgestaltung der Maßnahmen kritisch überprüft werden.

Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt sollen sich auch in unserer Stadt wiederfinden. Deshalb wollen wir den Anteil der Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften steigern.

Mit der Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums in Duisburg kann der Integrationsprozess als Querschnittsaufgabe zukünftig gemeinsam weiterentwickelt werden. Inhaltliche Grundlage ist ein dauerhaft fortzuentwickelndes Integrationskonzept.

Zuwanderung aus Südosteuropa

Noch heute leidet die Stadt unter der Untätigkeit von Ex-Oberbürgermeister Sauerland, der eine starke Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa und die daraus resultierenden Problemen ignoriert hat.

Oberbürgermeister Sören Link hat nach seiner Wahl sofort gehandelt und umfangreiche Maßnahmen der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit Zuwanderern, die als Bürger der Europäischen Union gekommen sind, eingeleitet. Dieses Handlungskonzept muss nun weiter konsequent umgesetzt werden, damit wir alle in Duisburg eine lebenswerte Heimat haben und finden.

Die bisherigen Leistungen und Bemühungen des Oberbürgermeisters, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der städtischen Gesellschaften und der Sozialverbände und Vereine, die sich aus der Zuwanderung ergebenden sozialen und ordnungspolitischen Probleme im

Rahmen der kommunalen Möglichkeiten zu lösen, werden ausdrücklich befürwortet. Diese Anerkennung erfolgt in dem Wissen, dass die wesentlichen Problemstellungen durch den Bund, durch internationale Abkommen und Verpflichtungen zur Zuwanderung, friedensschaffender Maßnahmen und Armutsbekämpfung zu lösen sind.

Ebenso sind wir der Auffassung, dass sich sowohl der Bund als auch das Land NRW der Verantwortung zu stellen hat, den Kommunen bei der Milderung der aktuellen Probleme finanziell zu helfen und die gesetzlichen Möglichkeiten zur Abschwächung des Problemdruckes noch weiter auszuschöpfen.

Die Änderung des Wohnraumbelegungsgesetzes durch den Landtag NRW soll deshalb schnellstmöglich in Duisburg genutzt werden, um eine weitere illegale Überbelegung von Wohnraum zu verhindern.

Um eine konzentrierte Unterbringung von Zuwanderern vor Ort abzumildern, soll außerdem ein dezentrales Unterbringungskonzept für integrationswillige Zuwanderer vorgelegt und umgesetzt werden.

Es wurden finanzielle Mittel der Stadt zur Verfügung gestellt, um die Sprachförderung zu verbessern, Impfkationen durchzuführen und die interkulturelle Beratung zu verbessern. Kapazitäten zur Beschulung schulpflichtiger Kinder stehen mittlerweile in mehr als ausreichender Form zur Verfügung. Die Initiativen sollen helfen, integrationswilligen Zuwanderern in ihrer speziellen Lebenslage zu unterstützen.

Um Integration zu unterstützen, muss auch der soziale Frieden vor Ort sichergestellt werden. Ein verbessertes Zusammenleben und eine gegenseitige Akzeptanz können nur durch Einhaltung von Regeln und Gesetzen erfolgen. Dieses liegt ausschließlich in der Verantwortung der Strafverfolgungsbehörden, also der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte.

Europa in Duisburg

Schon historisch betrachtet ist Duisburg als große Handelsstadt und Zentrum des Niederrheins eine europäische Metropole. Die vielen international aufgestellten Firmen zeigen: Duisburg profitiert maßgeblich von Europa, den europäischen Märkten und von hochqualifizierten Zuwanderern.

Ziel der lokalen Politik muss es deshalb sein, den Blick wieder auf den großen Nutzen eines Europas der Regionen und die vielfältigen Möglichkeiten der europäischen Förderungen zu lenken. Ohne den europäischen Binnenmarkt, ohne ein Europa ohne Grenzen ist eine finanzielle und damit strukturelle Neuaufstellung von Duisburg nicht umsetzbar. Zu diesem uneingeschränkten, wenngleich im Detail kritischen Blick auf das Europa der Märkte und Menschen gibt es für Duisburg keine Alternative.

Demgegenüber gibt es auch problematische Entwicklungen in Folge der Europäisierung. So resultieren aus der Zuwanderung von Armutsmigranten aus Südosteuropa zahlreiche Problemstellungen in Städten, in denen sich die Zuwanderung konzentriert. Hier erwarten wir mehr Unterstützung von der Europäischen Union für die betroffenen Städte wie Duisburg.

Wichtig für Duisburg sind starke lokale Versorger im Bereich der Daseinsvorsorge, deshalb müssen diese in der Hand der Kommune bleiben. Wir brauchen die Sicherung öffentlicher Einnahmen zur Finanzierung von lokaler Infrastruktur an Krankenhäusern, Sport- und Kultureinrichtungen und Verkehrsverbindungen. Ein hohes Niveau von Qualität, Bezahlbarkeit und Sicherheit der öffentlichen Daseinsvorsorge ist auch für die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament von Wichtigkeit.

Öffentliche Bildung ist für uns ein wichtiges Gut, dazu gehört auch Internationalität. Deshalb muss dieser Bereich sowohl bei Schulen wie auch bei Hochschulen und bei der Volkshochschule ausgebaut werden. Wir wollen in Duisburg gemeinsam mit Partnern in Europa von und miteinander lernen und durch Internationalisierung, Erfahrung fremder Kulturen und Vermittlung von Sozialkompetenz Chancen erhöhen.

Wir als Duisburger SPD wissen, dass soziale Gerechtigkeit heute auf allen Ebenen entschlossenes politisches Handeln erfordert. In der Kommune ebenso wie in Europa.

Gleichstellung – gleiches Recht für Alle

Eines der vorrangigen Ziele sozialdemokratischer Politik ist die Gleichstellung von Frauen und Männern. Jeder gesellschaftliche Bereich muss Frauen und Männern gleiche Chancen eröffnen, damit individuelles Potenzial in der Gesellschaft nicht weiter ungenutzt bleibt. Die Politik der SPD steht bedingungslos für die Werte Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit.

Deshalb ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein sozialdemokratischer Auftrag und das Prinzip des Gender Mainstreaming für uns ein zentrales Ziel: Bei allen politischen Entscheidungen sind bereits im Vorfeld die Vor- und Nachteile für beide Geschlechter abzuwägen.

In den vergangenen Jahren wurde bereits viel für die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft erreicht. So übersteigt mittlerweile die Anzahl der Abiturientinnen und Hochschulabsolventinnen die Zahlen bei den Männern. Im späteren Berufsleben wird den Frauen allerdings häufig der Zugang zu Führungspositionen verwehrt. Oftmals verhindern auch innerfamiliäre Verpflichtungen wie die Betreuung von Kindern oder der Einsatz für pflegebedürftige Angehörige die berufliche Karriere von Frauen.

Eltern sowie Alleinerziehende müssen daher in die Lage versetzt werden, Familie und Erwerbstätigkeit zu koordinieren. Zu diesem Zweck brauchen wir Maßnahmen, die diese Voraussetzungen schaffen. Dazu gehören Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztagschulen und Pflegedienstleistungen für Kranke und Ältere, die zuverlässig, flexibel und bedarfsgerecht sind. Wir möchten für Frauen und Mädchen die Bildungs- und Berufschancen erhöhen, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten aktiv fördern und den Wiedereinstieg ins Berufsleben für Mütter unterstützen. Hierfür wollen wir Unternehmen und Arbeitgeber motivieren, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle zu schaffen und auszubauen.

In unserer Gesellschaft werden immer noch viel zu viele Frauen Opfer von Gewalt. Projekte gegen häusliche Gewalt, die konsequente Bekämpfung von Zwangsprostitution und ein zentrales Frauennottelefon sollen helfen, diesen Missstand langfristig zu bewältigen. Netzwerke gegen Gewalt und Diskriminierung von Frauen und Mädchen müssen aus- und aufgebaut werden. In einer Zuwanderungsstadt wie Duisburg ist Mehrsprachigkeit bei den Beratungs- und Anlaufstellen existenziell. Kriminalprävention wie beispielsweise Selbstbehauptungskurse müssen einen Beitrag leisten, damit Mädchen und Frauen selbstbewusst ihren Alltag gestalten können.

Die finanzielle Absicherung und der Ausbau der Duisburger Frauenhäuser sind unverzichtbar. Gleiches gilt für die Unterstützung von Frauen, die vom Wohnungsverlust bedroht sind, Schwangerschaftsberatungsstellen und alle anderen Beratungs- und Anlaufstellen für Frauen in unserer Stadt.

Wir wollen ein starkes Frauen-Netzwerk - Frauengruppen und Frauenverbände müssen zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten die Kräfte für die Frauenarbeit bündeln und vernetzen. Der städtische Frauenförderplan soll weiterentwickelt und angewendet werden. Auch innerhalb der städtischen und stadteigenen Unternehmungen sollen Frauenförderpläne fortgeführt und umgesetzt werden, um Frauen auch in Führungspositionen entsprechend zu stärken.

Gleichstellung von Homosexuellen

Der bereits begonnene Dialog zwischen Schwulen und Lesben und der Stadt Duisburg wird weiterhin positiv begleitet und unterstützt. Das Ziel muss die vollständige Institutionalisierung sein. Wir machen uns dafür stark, dass ein regelmäßig tagender Runder Tisch eingerichtet wird, so dass diese Bestrebungen zügig voran getrieben werden können.

Schon im Kinder- und Jugendbereich sollte gegen Homophobie vorgebeugt werden. So setzen wir uns für eine Anlaufstelle ein, die schon im Freizeitstättenbedarfsplan eine gezielte Förderung für schwule, lesbische, bi- und transsexuelle Jugendliche verankert. Die zu Beginn des Jahres eingerichtete Stelle für Belange der Homosexuellen im Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit begrüßen wir ausdrücklich.

Starke Stadtverwaltung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie der kommunalen Unternehmen und Beteiligungen leisten eine herausragende und engagierte Arbeit unter schweren Bedingungen. Aufgrund der Haushaltssituation, den Einsparungen und den Auflagen der Bezirksregierung gibt es eine große Leistungsverdichtung, einen vielfältigen Beförderungsstau und zunehmende Schwierigkeiten, freiwerdende Stellen innerhalb der Stadtverwaltung wiederzubesetzen.

Die Probleme sind erkannt und nicht kurzfristig lösbar. Nur mit einem verabschiedeten Haushaltssicherungsplan und in einer engen Kooperation mit der Bezirksregierung können wieder Spielräume entstehen, um die größten Probleme zu mildern und Perspektiven für die Beschäftigten zu erarbeiten. In einem engen Dialog mit dem Personalrat muss ein Personalentwicklungskonzept entwickelt werden, das seinen Namen verdient. Dazu zählt ein sogenannter Ausbildungskorridor, durch den aus Altersgründen freiwerdende Stellen mit gut ausgebildeten jungen Menschen nachbesetzt werden können.

Kommunale Unternehmen und Beteiligungen

Kommunale Unternehmen und Beteiligungen leisten einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag für eine gute Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit notwendigen Dienstleistungen und Angeboten. Diese Angebote müssen erhalten bleiben und weiterentwickelt werden. Dieses geht nur in einem engen Dialog mit den Beschäftigten und der Unternehmensführung.

Solide Finanzen

Was versprochen wird, kann schließlich nur mit einer soliden Finanzierung gehalten und umgesetzt werden.

Leider hat sich unter der Amtszeit von Ex-Oberbürgermeister Sauerland und der CDU der Schuldenstand in Duisburg verdoppelt. Unter dieser Misswirtschaft leiden wir nachhaltig.

Zusammen mit der Hilfe des Landes steuern wir jedoch aktiv dagegen. Der Rat der Stadt hat einen Haushaltssicherungsplan verabschieden müssen, der den sogenannten Haushaltsausgleich bis 2016 vorsieht. Danach müssen die Altschulden abgebaut werden.

Der Stadtrat hat bei der Verabschiedung des Haushaltssicherungsplanes keinen Kahlschlag in der sozialen und kulturellen Infrastruktur vorgenommen. Wenn es weiter gelingt den Haushaltssicherungsplan einzuhalten, haben wir wieder mehr Planungssicherheit für die Vereine und die Verbände in unserer Stadt. Wir können bei entsprechenden Einsparungen wieder die Dinge in unserer Stadt unterstützen, die wir als notwendig erachten. Dafür brauchen wir keine Genehmigung der Bezirksregierung als Kommunalaufsicht für Ausgaben mehr. Es gilt deshalb zukünftig wie bisher: Nur was solide erwirtschaftet wird, kann auch wieder ausgegeben werden.

Vom Bund erwarten wir mehr Unterstützung. Es darf nicht so weitergehen, dass den Städten immer mehr Lasten aufgedrückt und sie dann bei der Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben in Stich gelassen werden.

Unser Oberbürgermeister Sören Link setzt sich deshalb mit seinen Oberbürgermeisterkollegen im Ruhrgebiet dafür ein, dass wir zukünftig nicht mehr in den Solidarfonds Ost einzahlen müssen, sondern dass Städte nach Bedarf und nicht nach regionaler Zuordnung unterstützt werden. Duisburg hat in den letzten Jahren insgesamt über 600 Millionen kreditfinanzierte Euro in den Aufbau Ost eingezahlt. Geld, das wir dringend für den Strukturwandel in unserer Stadt gebraucht hätten.

Ebenso müssen die Europäische Union, der Bund und das Land ihren finanziellen Beitrag leisten, die sozialen Folgekosten, die sich aus der Zuwanderung aus den Ländern der Europäischen Union nach Duisburg ergeben, zu mildern.

SPD Duisburg

Krummacherstr. 33
47051 Duisburg
info@spd-duisburg.de
www.spd-duisburg.de